

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 Spalten 34 mm breite Zeilen
unterliegen über dem Raum 80 Pf.
einmalige Anzeigen 40 Pf.
die 22 mm breite Zeilenunterbreite
2,50 Mark. Anzeigen nahmen an
unserer Geschäftsstelle an. Einzelne
Anzeigenpreise: 20 Pf. Sonntag
und Montags 1 mal. Schriftleitung
und Haupt-Druckerei: Halle, Neue Dom-
straße 16. Dr. Buchbinder, 17.
Haben Geschäftsstellen: Große
Lilienstraße 52 und Markt 14.
Postkass.-Konto Leipzig Nr. 4009

für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 6.00 Mark, vierteljährlich
16.00 Mk., durch die Post 16.00 Mk.,
auschl. Postgebühren. Bestel-
lungen werden an allen Kassen-
stellen angenommen. Im
amtl. Zeitungserchein unter
Ecole Zeitung eingetragen. Für
Anzeigen einzureichen. Man
steige sich keine Gewähr über-
nehmen. Nachdruck nur mit
Quellenangabe. „Ecole Zeitung“
Nr. 1149 der Schriftleitung Nr.
1149 der Geschäfts-Abt. Nr. 1119
Nr. 7111 der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Nr. 275.

Halle, Mittwoch, den 16. Juni 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Die Weltverförmung.

Auch denjenigen Ausländern, die für die Unterhaltbarkeit deutscher Mitarbeiter am Weltmarktplatz vollen Verständnis haben, muß eine Verankerung nur als ein ziemlich eng begrenzter Zwischenfall innerhalb der ungeheuren Weltverförmung erscheinen. „Um das zu empfinden, braucht man den Standpunkt der Welt über sich zu nehmen, daß man mit der Abnahme der Menschheitsentwicklungen und der Umwandlung ganzer Kulturen rechnet. Gegen geschichtsphilosophische Betrachtungen als solche ist natürlich nichts einzuwenden. Aber man kann ziemlich gewiß sein, daß die Welt, gerade wenn ihr Wandlungen ungeheurer Art bevorstehen sollten, zunächst damit beschäftigt ist, ihre alten, durch den Krieg erweiterten Daleinsgrundlagen so gut es geht wieder tragfähig zu machen; daß es sich vorläufig um nichts als Wiederherstellung oder, wo eine solche nicht möglich ist, um die Schaffung von Ersatzformen, um die mögliche Anpassung an die Gegebenheiten einer Lebensgegend handelt. Die Weltkrisis von heute ist nicht eine Krise der Erneuerung (die ein ganz anderes Zeitmaß hat), sondern eine Krise des Wiederaufbaus im einfachen praktischen Sinn; eine Verwirrung, wie die Weltkrisis sie aus allen Verlöbten kennt, den Kriegs- in den Friedenszustand überzuführen; mit einem Wort: ein allerdings beispielloses heftiges und ausgebreitetes Zusammenwirken von „Demobilisationsströmungen.“

In dieser Anpassungsströmung gehört nicht an letzter Stelle die Krisis der Verhältnisse. Das beruht, liegt in deutscher Überlegung nicht ohne Grund des Engländers Kenneth: „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“ leat mit großer Klarheit die Gründe dar, durch die sich die von französischen Auffassungen beeinflussten Verbandspolitiker bewegen ließen. unüberwindliche Widergutmadungsrechnungen aufzustellen, mit dem Hauptzweck, daß Öffentlindwerden der tatsächlichen Finanzlage und die dann notwendigen Steuererhöhungen möglichst weit hinausgeschoben. Spa sollte das Gegenmittel gegen diese ungewollte und schädliche Veränderung sein. Sollte man sich nicht unter dem Eindruck der unsicheren inneren Verhältnisse Deutschlands, die Konferenz zu einer wirkungslosen Rundgebung werden, wenn nicht überhaupt ausfallen lassen, so würde damit der Höhepunkt der weltwirtschaftlichen Anpassungsströmung nur nochmals hinausgeschoben, die Krantheit aber verschlimmert werden.

Unterdessen wirkt die Schwierigkeit, wenigstens die äußeren Macht- und Wirtschaftsverhältnisse der Welt notwendig zu ordnen, ungeschwächt fort und setzt überall die „ungelassenen“ Bedingungen, Frankreich hat den „ungelassenen“ seiner Kammer, eine Mehrheit ist, ihre Voraussetzungen noch ganz in dem Kriegszustand hatte, nur dadurch erfüllt, daß es ziemlich früh die „Kumulation“ von heute müder sich die Gegenstände auch dort ganz anders äußern. Nachfolgend ist von England und selbst von Amerika. In den Vereinigten Staaten „heißt als Folge der Wahl Ferdinans zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten, eine Paue zu entstehen, nicht unähnlich derjenigen in Deutschland. Braucht man in diesen Zusammenhängen von Teilen zu sprechen, das gegenwärtig in die Hände wieder aufsteht und in der Bewegung ungeschwächt kämpft? In die wirtschaftliche Republik, die im Land und im Parlament, von Aniano an mit dem Widerstand ihres deutschen Bevölkerungsbereichs rechnen muß? Von dem Glend Deutschlands und der verhängenen Erörterung Unanans? Von dem östlichen Chaos? Von Rußland? Polen im besonderen faßt auch im Innern verweilt dazu, die Daleinsmöglichkeit der Verlegenheitslösung, die es ist, zu bereinigen. Italien erlebt seine politische Demobilisationsströmung im ganzen als Parlamensströmung, drücken in dem Zustand Italiens. Das der bekannteste Mann des Krieges vor dem Krieg, nach dem Bericht der norddeutschen allianzierter, Erster, Erster, durch Wort gebildet ist, gehört in den Stil der Zeit. Ungeheuerliche Formen könnte die Wiederanpassungsströmung annehmen, wenn tatsächlich Rußland vor einer Gegenrevolution — oder schon in ihr stünde.

Die Bedingungen der Demokraten.

W. Berlin, 15. Juni. (Eig. Draht. Bericht.) Am Dienstag besaß sich im Laufe des Nachmittags Dr. Treismann mit Dr. Peterlen über die Möglichkeiten der Kabinetsbildung. Auf Grund dieser Unterredung gab Dr. Peterlen folgende Erklärung ab, durch die Richtlinien der Demokraten ihre Umarmung gezogen wird: „Nachdem die Frage der Bildung einer neuen Regierung heute zum ersten Male an mich als den Vorstehenden der demokratischen Partei herantritt, gestatte ich mir, das folgende anzudeuten: „Nachdem die deutschen Reichsorgane erkennen der Reichspräsident den Reichsanwalt und auf dessen Wunsch die Reichsminister. Wir sehen besonders nach dem leidenschaftlichen verführten Kabinetskampf ein Abweichen von diesem Wege für verhängnisvoll an. Das die Partei sich bereit erklärt, eine Koalition zu bilden, ohne vorher das schließliche Programm des Kabinetts und seine Zusammensetzung zu kennen, erscheint mir ausgeschlossen. Nur auf dem Wege verfassungsmäßigen Wege kann die Bildung einer Regierung gelingen. Der Reichspräsident bezeichnet einen Reichsanwalt, der ein Programm für seine Regierung zu entwerfen und auf dieser Grundlage seine Mitarbeiter zu ernennen hat. Dann haben die Fraktionen und demnach der Reichstag darüber zu beschließen, ob sie dieser Regierung mit ihrem Programm das Vertrauen ausprechen

wollen oder nicht. Unsere Partei erklärt sich unbeeinträchtigt durch die Geschäftlichkeit des gegen uns geführten Kampfes und ohne politische Vorurteile bereit, insofern und positiv an einem Kabinett mitzuwirken, das durch seine Verantwortlichkeit und durch sein Programm die Gewähr für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau bietet. Als unerlässlichen Bestandteil dieses Programms bezeichnen ich von vornherein folgende Punkte:

Vorbereitende und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung, Abklärung und Befestigung jeder monarchistischen Restauration, Bekämpfung jedes Versuches der Errichtung einer Klassenherrschaft oder Einräumung von Privilegien an eine Klasse. Eine Politik der Befähigung und des Ausgleiches auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Abklärung jedes Klassen- und Klassenkampfes, auch des Antisemitismus. Befreiung der Weimarer ohne parteipolitische Rücksichten mit Personen, die in Wort und Tat auf dem Boden der Verfassung stehen und gewillt sind, in ihrer Amtstätigkeit die Regierung sachhaltlos zu unterstützen, die aber alleseitig nach ihrer Art und Vorbildung das Amt ausüben getrieben sind.

Die oberste Grundsatzfrage ist schon jetzt fernor, weil sie mir die unerlässliche Voraussetzung jeder vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierungstätigkeit zu sein scheint. Vorläufige im einzelnen zu machen über die Führung der auswärtigen Politik, über die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens, über die Förderung unseres kulturellen und sozialen Lebens, über unsere Wehrmacht steht mir nicht zu, sondern ist Sache des Programms, das der Reichstagler mit seinen Mitarbeitern zu entwerfen hat.

Aussichten für die Unabhängigen im Reichstag.

Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabg. Prof. Lenin hat im roten „Tag“ hervor, daß „so mancher unabhängige Sozialdemokrat mit kleinerem oder größerem Interesse die politischen Verhältnisse der Weimarer Republik anstarrt.“ Zugleich macht Lenin aus, was den Unabhängigen im Reichstag bevorsteht: „Daß die Unabhängigen, die bisher in breiter Selbstgefälligkeit die Rolle der Kabinetsminister im Parlament gespielt haben, nunmehr selber das Schicksal der Reichsregierung zu teilen haben, zumal die Weimarer kommunistische Gruppe in Clara Zetkin eine Führerin erhalten hat, die nach der schrecklichen Ermordung der Frau Rosa Luxemburg ohne Frage die geistvollste, gebildetste und kühnste Erbinerin in der politischen Frauenwelt ist. Den rühmlich gewordenen Spielregeln, aus denen fast die gesamte unabhängige Sozialdemokratie besteht, ist sie ein soziologisches Erkenntnis dreimal überlegen. Gibt es ihr Gesundheitszustand noch her, so können sich die Unabhängigen auf manches Tänzelein gefaßt machen.“

Eine Diktatur der Unabhängigen.

Der „Vorwärts“ fällt den Unabhängigen vor, daß diese nicht eine Diktatur des Proletariats, sondern noch vielmehr fordern, nämlich im Proletariat eine Diktatur einer kleinen Minderheit. Erwidert hat auf die Anforderung des Reichstagsabg. Müller, einzutreten in die Regierung, namens des Parteivorstandes der Unabhängigen befehlend geantwortet:

„Ergeht sich aus der Entwidlung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die U. S. P. D. als Übergang nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet.“

„Mit Recht bemerkt der „Vorwärts“ dazu am Sonntag Morgen:

„In den Agitationsveranstaltungen zur Reichstagswahl ist die Forderung der Diktatur von unabhängigen Arbeitern häufig damit begründet worden, daß in das Proletariat 85 bis 90 Prozent der Bevölkerung einzufließen, eine Diktatur des Proletariats also eine Herrschaft der Volksmehrheit bedeute. Die Unabhängigen haben bei der Reichstagswahl noch nicht 20 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Selbst wenn diese Stimmen ausschließlich aus proletarischen Kreisen gekommen wären, würde die U. S. P. nur etwa ein Viertel des Proletariats hinter sich haben. Wenn sie trotzdem die unbedingte Vorbereitung ihrer Partei verlangt, so ist das also die klare Diktatur einer kleinen Minderheit nicht nur über die große Mehrheit des Volkes, sondern auch des Proletariats. Diese Aussicht, als Minderheit die übrigen vier Fünftel des deutschen Volkes beherrschen und regieren zu können, hat, so scheint es, für manche Führer und Anhänger der Unabhängigen etwas Verunsicherndes.“

Die Konferenz in Spa.

Amerdam, 15. Juni. Nach einer Londoner Meldung sagte Lloyd George gestern im Unterhause, daß Datum der Konferenz von Spa sei mit Rücksicht auf die Bildung einer neuen Regierung in Deutschland noch nicht festgelegt und werde die Konferenz wahrscheinlich am 8. Juli beginnen. Der Gedanke einer Zusammenkunft von französischen und englischen Staatsmännern in Brüssel ist nicht neu, es ist bereits geplant gewesen, daß die Alliierten vor der Zusammenkunft mit Deutschland eine Besprechung abhalten.

Die Abgrenzung des Saargebiets.

Genf, 15. Juni. Die Reichsministerkonferenz in Paris hat sich gestern mit dem Fall des bayerischen Oberbairischen Landes beschäftigt, der das Saargebiet betrifft. In der Kommission zur Abgrenzung des Saargebiets tritt mit dessen Abberufung von dem Reichspräsidenten nach dem Saargebiet verlangt worden war. Die Reichsministerkonferenz hat sich in einer Plenarsitzung am 14. Juni mit der Entente die Haltung Frankreichs über die Abgrenzung des Saargebiets gegen das Gebiet der bayerischen Rheinpfalz, insbesondere seinen Widerspruch gegen die Einbeziehung des Eifelgebiets in das Saargebiet geschildert und seine Maßregelung abgelehnt. Die Reichsministerkonferenz hat gestern kein Gutachten über die Abgrenzungstrage selbst gefaßt, sondern die Erklärung abgegeben, daß das Verlangen des Verwaltungsausschusses des Saargebiets ausschließlich durch das persönliche Zutreten Frankreichs veranlaßt worden sei. Die Abgrenzungstraghandlungen könnten deshalb erst wieder aufgenommen werden, wenn Frankreich durch einen anderen Vertreter ersetzt worden sei.

Aus Stothammerns Geheimberichten.

Es ist nicht geworden, daß Diplomaten, Feldherren und Generale ihre Erinnerungen veröffentlichten. Wer das zu tun schreibt, gleich ein bißchen Buch, über das nach Jahre und Tage die Spinnen ihre Netze weben. Aber man hat zu sahen hat, begnügt sich mit interessanten Persönlichkeiten in Zeitchriften. Es ist aber nicht gelang, daß diese Persönlichkeiten immer interessant sind. Nachdem die Geheimarchie in Petersburg, Berlin und Wien geöffnet worden sind, läßt sich von Willen der Kaiserreiche kaum mehr viel neues sagen. Paris und London werden sich füllen, ihre Geheimnisse preisgeben. Und so können sie immer noch die Neugierde widerstehen, daß sie den Krieg nicht vor bereitet und nicht gewollt hätten. Dafür hat die deutschen Diplomaten um so schärfer. Bisher war es üblich, daß namhafte Staatsmänner ihre Denkwürdigkeiten nach ihrem Tode veröffentlichten. Für die Geschichte waren das unter Umständen Quellen für ersten Rang. Heute fällt sich jeder Diplomat herbei, Erinnerungen und Entschlüsse um besten zu geben. Die Wölfer werden nicht viel länger dadurch. Wertwürdig, daß der eine oder andere alles voraussehen hat, ohne daß es ihm gelang, seine Aufgaben durchzuführen. Aber die klügste Meinung hat wenig Wert, wenn sie sich nicht in größterem Erfolg umwähnen läßt. Diese Bedenken setzen auf die angestrichelten der Veröffentlichung der Geheimberichte der bayerischen Diplomaten von Stothammern. Sie sind in den Grenzorten samt einer Einleitung aus Stothammerns Feder erschienen. Diese Einleitung ist interessant, als die Berichte selbst. Denn Stothammern erzählt, wie selbstherrlich die Berliner Diplomatie vor und nach dem Kriegsausbruch schaltete und walzte. Die Bundesstaaten werden kaum oder gar nicht berücksichtigt. Wir erfahren auch näheres über die Gründe, die den Grafen Hertling veranlaßten, den Bundesratsauswahlsch für auswärtige Angelegenheiten nicht einzubringen, als die Entschlüsse über Krieg oder Frieden an Spitz und Knopf fielen. Stothammern ist ein Mann aus dem Krieges in Rom. Nach der Kriegserklärung Italiens an Österreich trat Stothammern im Auftrag des Auswärtigen Amtes nach der Schweiz, und über die Friedensströmungen in den feindlichen Ländern zu berichten. Aber diese Berichte werden nicht mitgeteilt, sondern nur die Geheimberichte, die Stothammern an Hertling übermittelte. Neues lassen uns diese Berichte nicht. Immerhin ist es erfreulich nachträglich zu erfahren, daß es unter den deutschen Diplomaten Leute gab, die sich die Minderheit des Krieges bewahrten. Die Berliner Diplomatie konnte nicht um so leichter sein, den Einfluß hat der Graf Hertling nicht selbst, denn er hat Bestmann und Tawny die Treue bewahrt. Die Berichte zeigen, daß die Stimmung in den feindlichen Ländern von der in Deutschland nicht wesentlich verschieden war. Es gab gewiß Friedensstimmungen, aber wir verstanden nicht, sie zu benutzen. Sehr unangenehm schmeidet die Wiener Diplomatie, vor allem aber die Politik des heiligen Habsburg-Papmas. Daß sie auf Verrot saß, das nach 1917 in der Schweiz längere Tagesaufenthalt. In neutralen und feindlichen Ländern war derweil seiner Zeit gewesen zu sein. Hertling blieb von dem Mitteilungen Stothammerns unberührt. Für ihn war Wien der treue Bundesgenosse. Der große Staatsmann hat den Verrot schließlich noch erlebt. Ueber andere Aufstellungen Stothammerns läßt sich streiten. Er vertritt die Ansicht, daß sich Italien bei rechtzeitigen Anschließens aus dem Krieg hätte fernhalten lassen. Aber Italien mußte nicht nach dem Trentino, sondern die Herrschaft über die Adria. Und darüber hinaus Teile Kleinasiens, die ohne Krieg gegen die Mittelmächte und die Türkei nicht zu gewinnen waren. Niemandes Kriegsschiffe war im Frühjahr 1915 im unehelich, daß selbst die Alliierten nach dem Trentino nicht gekommen hätte. Und warum bleibt noch unentschieden, ob es für England nicht Mittel und Wege gab, Italien zur Teilnahme zu gewinnen. Alles in allem jedoch sind die Berichte Stothammerns, daß unsere diplomatische Führung vor und während des Krieges in unzulänglichen Händen lag.

Der Würthauer Nantus Ratti in Obereschlefen.

Wie die „Schlesische Volkszeitung“ aus Oppeln erfährt, hat der als fränkischer Wittmannssohn nach Obereschlefen ersessene Würthauer Nantus Ratti am 11. d. M. in der Pfarrkirche von Obereschlefen ein würthauerisches Hauptgottesdienstes eine Ansprache gehalten, in der er den

Stadtpfarrer Kubis beantragte, dem treuen katolischen Volk Oberösterreichs in seinem Glauben zu sagen: Der Heilige Vater hat mich in Euch liebes Oberösterreich geliebt, das so reich ist an treuen und braven Bewohnern, die zufolge ihres Glaubens und ihrer Frömmigkeit der Heilige Vater besonders liebt.

Gerade in dieser Schicksalsstunde, welche ganz unermesslich die Gemüter aufwallen läßt über die Frage, was dem Einzelnen gut und gerecht ist, will der Heilige Vater, daß die Entscheidung in jeglicher Hinsicht frei und gerecht sei; er will daß der Widerspruch jeglicher Art gemieden werden und die Ordnung, die erste Bedingung des Wohlergehens, geschützt wird. Es soll die dringliche Mahnung nicht vernachlässigt werden, die das oberste Geheiß und das Zeichen der Anbiederung Christi ist.

Den Kollegen Besslitz zu leisten bei diesem Werk der Gerechtigkeit und des Friedens, der Ordnung und der Freiheit läßt mich das erhabene Kontinental zu Euch. Unterliegen sollen mich dabei vor allem die ehrwürdigen Priester, die ein Heiligtum des Friedens besitzen und deren Pflichten sind, zu arbeiten für das Volk in dem, was sich auf Gott bezieht. Es ist ihre Pflicht, treulich zu wirken, damit sie allen durch ihr heiliges Amt Nutzen bringen und alle zu Gott führen und das ausführen, was das Gewissen und Gottes Ehre unweigerlich von ihnen fordert.

Der Nuntius erteilte hierauf im Namen des Heiligen Vaters den päpstlichen Segen.

Hardings Nominierung.

Es ist in Chicago genau so zugegangen, wie vermutet war, da die Unabhängigen von Wood, Johnson und Louben keine absolute Mehrheit für ihren Kandidaten zu gewinnen vermochten, hat das harte Harding allen drei Favoriten überlegen, so man sich schließlich auf Garfield einigte, als mehr Wahlergebnisse nachher durchzuführen waren. Immerhin hat Harding schon vor dem Zusammenkommen der republikanischen Konvention auf der Höhe der Annäherung gehalten. Aber erst im letzten Wahlgang brachte er es auf acht Stimmen, aus denen beim nächsten gleich die sechshundert Anzahl gewonnen war. Und im letzten ging er mit 692 durch die Wahl. Es ist merkwürdiger Brauch, dann noch einmal abzustimmen, um einen mit Einstimmigkeit gefassten Beschluß zu bestätigen zu können. Das wird auch diesmal um des Eintrages im Lande willen getan worden sein. Denn der einzige Mitbewerber, von dem einen Augenblick befürchtet war, daß er nach seinem Durchfalle Roosevelt 1912er Kandidat gegen die republikanische Einheit nachahmen könne, Johnson, hatte 1912 sich doch bereits bekümmert und hauptsächlich das eigene Geld behauptet, das bei ausfallenden Wahlergebnissen verwaltet werden würde. Nachdem die Spitze einer neuen Schaltung vermieden ist, darf mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit Harding's Kandidatur als sicher vorausgesetzt werden. Kritisch hatte man auch 1916 auf Wilsons Niederlage und den Sieg des diesmal gar nicht mehr in der Kandidatenliste aufgeführten Hughes gesehnet. Aber damals hatte der ehemalige Professor noch nicht so abgemittelt wie jetzt. Er kam schließlich wieder durch, weil mit dem Schlagwort Wilson wins without für ihn Bekanntheit gegen den noch unbekannteren republikanischen Bewerber gemacht wurde. Er ließ der Wahl republikanischen Bewerber gegen die Wahl des Republikaners, eines friedlichen eines Siegers und Bestiegte und des Bitterbundes ausgehauenen Verbindung der Kriegsführenden und Neutralen. Heute wollen nicht nur die scharfen Kritiker Johnson und Lodge nicht von dem Wahlsieger von Versailles wissen, sondern die gesamte Öffentlichkeit ist darüber zur Tagesordnung übergegangen. Immerhin ist Harding zu den gemäßigteren Kandidaten gehört. Und die Konvention hatte in ihrer Plattform nicht einer völligen Ablehnung des Vorkriegsproblems gesehnet, sondern seine bessere Angelegenheit durch eine neue Maßregelung. Maßregeln werden die noch den 4. März 1917 zu bildende Regierung dann dafür einsehen, daß die Einigung der Republikanischen Partei nicht bloß als Objekt der Verhandlungen auf ihr erscheint. Bis dahin mögen wir uns noch mit dem Witterungsstand gebunden, daß unser Friedensverhältnis zu den Vereinigten Staaten, das Wilsons Eigeninn, auf dem Papier

nach nicht wieder hergestellt ist. Bisherig bewährt sich der schändliche Vorkriegs Senator aus Ohio als fähiger, nachsterer Geschäftsmann, besser als jeder andere Politiker aus New Jersey. Auf dem Umstand, daß Mrs. Harding deutscher Abstammung sein soll, wollen wir lieber keine Erwartungen besondern persönlichen Wohlwollens gründen.

Deutsches Reich.

Rühmann und Brodorski-Kankun in Berlin. Die „Voss. Zig.“ meldet, daß außer Rühmann auch Graf Brodorski-Kankun in Berlin einetroffen ist.

Mandatsverteilung im Reichstagen. Wie nach einer eigenen Drahtnachricht aus Köln die Wahlprüfung ergeben hat, ist der verfassungsmäßige Reichstagspräsident Rühmann nicht gewählt worden. Durch Mandatsverteilung im Wahlkreise Westfalen erbalten das Zentrum und die Unabhängigen je ein Mandat mehr.

Die Mission des Geheimrates Metz in London. Bekanntlich ist vor kurzem Geheimrat Metz im Ernährungsministerium in London gewesen, um im Auftrag seines Ressorts mit den dortigen Stellen zu verhandeln. Englische Blätter haben darüber berichtet, aber sie haben, wie die „Frankf. Zig.“ meldet, daß Metz größere Aufgaben zugeschrieben als ihm oblagen, wenn sie ihn in Verbindung brachten mit Verhandlungen über die Höhe des für Deutschland unbedingt nötigen Schiffsstaumes über die Lieferung von Vorräten, Erzen, Rohle u. dergl. Dr. Metz hat nur über Ernährungsfragen verhandelt und erreicht, daß England aus zunächst 5000 Zentner Weizenmehl liefert, sich aber bereit erklärt hat, größere Mengen zu liefern, wenn wir zugleich außerordentliches Sammelgeld unter entgegenkommenden Bedingungen annehmen. Die Verhandlungen darüber schweben noch und werden schriftlich geführt.

Der neuernannte bulgarische Geschäftsträger in Berlin. Generalkonsul Dr. Doffin Doskoff, übergeben am Dienstag dem Reichsminister des Auswärtigen sein Beglaubigungsschreiben.

Eine Reichskriminalpolizei. Wie aus München gemeldet wird, plant die Reichsregierung die Gründung einer Reichskriminalpolizei. Bayern, Württemberg und Baden liefern es, die Kriminalpolizei aus den Händen zu geben. Es werden wahrscheinlich Landes-Kriminalpolizeien mit einer Zentrale in Berlin errichtet werden.

Ausland.

Der Volkseigenismus in Ungarn unterdrückt. Budapest, 15. Juni. Der Sozialdemokratische Saos teilte in der Nationalversammlung mit, daß er zwei Antiterro-Battalione und acht Infanterie-Battalione in das Gebiet zwischen Donau und Tisza entsandt habe, um es von Verbrechen zu säubern. Bei dieser Gelegenheit seien auch mehrere an kommunalpolitischen Verbrechen verhaftet worden. Der Minister erklärte noch, die Aktion zur Unterdrückung von Verbrechen werde mit aller Energie fortgesetzt werden und bereits schließlich, daß das Militär Hand in Hand mit dem Vorkriegsamt auf die letzten Wurzeln des Volkseigenismus ausgerichtet habe.

Die Operationen des Generals Wrangel am Nowosibirsk Meer.

Amsterdam, 15. Juni. Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat General Wrangel Verbände an der Südküste des Nowosibirsk Meeres und Westkapit genommen, wobei ihm 5000 Soldaten, 27 Geschütze und fünf Panzergeschiffe in die Hände fielen.

Rom, 15. Juni. Agenzia Stefani. Die Gerüchte über eine Generalkonferenz in Moskau sind bisher nicht bestätigt worden. Der letzte deutsche Bericht über auswärtige Einzelheiten über den Empfang der italienischen Sozialisten in Petersburg.

Neutralität der englischen Schwarzmeer-Flotte. London, 15. Juni. (Reuters.) Der erste Lord der Admiralty teilte heute dem britischen Botschafter in Konstantinopel mit, daß der Befehlshaber der englischen Schwarzmeer-Flotte im Schwarzen Meer die Befehle erhalten habe strenge Neutralität zu beobachten und den General Braganza weder bei öffentlichen noch bei besonderen Operationen zu unterstützen.

Ministerveränderung in Rumänien. Bukarest, 11. Juni. (Nachricht der Agentur Damian.) T. A. F. Onescu und Bratianu sind zu Ministern ernannt worden. Dadurch erfährt die Regierung Averescu eine bedeutende Verstärkung.

Die Kämpfe zwischen Türken und Griechen. Rotterdam, 15. Juni. Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, haben die Griechen bei Maritza überfallen, sind aber von den Türken zurückgeschlagen worden. Letztere haben sich auf dem Westufer festgesetzt.

Benizelos.

Genf, 15. Juni. Der griechische Ministerpräsident Benizelos ist in Paris eingetroffen, um der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Türkei beizuwohnen. Wie die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ berichtet, hat die Reise des Benizelos aber auch den Zweck, den jungen König Alexander, der sich gegenwärtig in Paris befindet, zu veranlassen, mit seinem in der Schweiz lebenden Vater zusammenzutreffen. Der junge König scheint seinen Gedanken an seinem königlichen Erbthron zu finden und möchte die Regierung wieder seinem Vater überlassen. Benizelos soll entschlossen sein, dem König Rat zu machen, daß er in Griechenland die Republik erklären werde, um in diesem Falle die Mächtigkeit des Königs Konstantin zu verhindern.

Richtlinien des Oberkommissars für Palästina.

Amsterdam, 14. Juni. Wie aus New York gemeldet wird, hat Herbert Samuel eine Erklärung über die Richtlinien abgegeben, die er bei Übernahme des Amtes eines Oberkommissars für Palästina zu befolgen gedenkt. Danach soll an Stelle der Militärverwaltung eine Zivilverwaltung treten, wobei die höheren Posten von tüchtigen und erfahrenen englischen Beamten besetzt werden, während die unteren Stellen für Angehörige der britischen Bevölkerung ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis offen stehen.

Halle und Umgegend.

Halle der 16. Juni 1920.

Kreistag des Saalkreises.

Ablehnung des Etats.

Die am Dienstag einberufene Sitzung des Saalkreises brachte, nachdem um die Frage der rechtzeitigen Einberufung sowie über die Gestaltung der Tagesordnung eine lange Auseinandersetzung gefolgt war, die Ablehnung des Etats durch die Unabhängigen, die in im Kreistage bei weitem die Mehrheit besitzen. Die Unabhängigen besetzen mit ihrem Verlangen, den Landrat Theile zum Präsidenten zu wählen, damit der von ihnen erwähnte Amtsvorläufer Dr. Diehl, ein Mitglied der unabhängigen Sozialdemokratie, den Landratsposten übernehmen könne. Folgende Entscheidung der Unabhängigen, die zu Protokoll gegeben wurde, gibt ein Bild von der Sachlage:

„Von einem Viertel der Kreistagsmitglieder war Anfang Mai d. Js. gemäß § 118 Abs. 2 und 3 der Kreisordnung beantragt worden, einen Kreistag als interimistisch einberufen mit folgender Tagesordnung: 1. Ablehnung eines Vertrages mit dem „Volkshaus“ Halle. 2. Beschlußfassung über die Weiterbestellung eines Arbeiterratungsmittels. 3. Eventualantrag: Beschlußfassung über die Beantragung der gestrichelten Beiträge.“

Die dem Antrag hatte der Vorsitzende des Kreisauschusses des Saalkreises, der kommunalpolitische Landrat Herr Diehl, entgegengebracht, indem er am 27. Mai d. Js. eine Kreisversammlung einberief und folgenden Punkt als 1. der Tagesordnung mit hinzusetzte: Bestimmung des Saalsalonsanwaltes des Saalkreises für das

Verbandstag der Direktoren deutscher Konservatorien und Museen.

Aus Hannover wird uns berichtet: Der Verband der Direktoren deutscher Konservatorien und Museen hat seine 8. Generalversammlung ab, die trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Lage gut besucht war; es waren Vertreter aus Dortmund, Bremen, Braunschweig, Barmen, Köln, Essen, Göttingen, Halle, Hamburg, Herne, Mannheim, Kiel, Saarbrücken usw. erschienen.

Es wurde der § 1 der Statuten geändert; er wird in Zukunft lauten: „Der Verband bewirkt den Zusammenhalt seiner Mitglieder zur Wahrung und Förderung ihrer Ständes- und Berufsinteressen, besonders durch Entlassnahme auf die Verwirklichung des wissenschaftlichen Unterrichts und durch Schaffung von wirtschaftlichen Einrichtungen.“ Eine Aufnahme außerordentlicher Mitglieder soll nicht mehr erfolgen, dagegen können hervorragende Musikpädagogen zu Ehrenmitgliedern des Verbandes ernannt werden. Als Verbandsorgan wurde die deutsche Konservatorienzeitung bestimmt, die über alle Vorkommnisse im Verband berichten soll. Nach einem Referat von Bruno Schütz, der die Verhandlungen über die Festlegung der Tagesordnung vorgenommen hat, ist die Einigung erzielt, daß die Anfordernungen der Konservatorien in der höheren Schulen entspricht, verlangt. Die Prüfung selbst ist mit einer geringen Mehrforderung bestehen zu lassen; es soll aber bei den Anfordernungen in den wissenschaftlichen Zweigen die Fachausbildung mehr Berücksichtigung finden. Auf dem Diplom soll der Grad der Unterweisung, Grund-, Mittel- oder Vertiefte, angegeben werden. Die Anfordernungen mit dem Namen „deutscher Künstler“ gegen die Staat geordnete Dankschreiben, die in der Gruppe gebildet werden zwecks Regelung von Schularbeit, Lehrergehältern, Steuern usw. Angelegenheiten, die nicht überall gleich behandelt werden können.

Bruno Schütz-Halle berichtete über seine Tätigkeit als Museumsverwalter in der Kommission für die Prüfung zwecks Erreichung eines Unterweisungsausweises in Halle und über die Angriffe durch eine Reihe privater Museen in Halle. Der Verband fand die Kontrolle der Konservatorien

durchaus berechtigt, da durch sie das Museumwesen unterbunden werde und die tüchtigsten Kräfte gehoben würden.

Die Wahl des Vorstandes ergab: Hofschneider-Dortmund, Dr. Meyer-Königs-Riel, Heudrich, Neper, Zschneidt.

„Das ist mein Wien...“

Folgende lustige Kapuzinerpredigt gegen die „Stadt der Sieder“ entfällt sich in der „Neuen Freien Presse“.

„In allen Straßendünen und Wäldern die Bilder anziehend rotbadig- und wohlgenährter Männer.“ Das sind die Konkurrenten um ungenügende Wohlstand, die nicht allein von ihnen selbst, sondern auch von anderen Wohlstand beschaffen, das abendlichen in Heberhaller Sperrstunde färschig, nicht abgedruckt wurde, hat das Mobilist im Aufbruch daran glauben müssen. Zu recht wurde nur mit deren Bierflaschen gegen den sfernen Weg gehorfen. Sie aber floren die Siegel aus den Händen und den Lagen gegen die Bühne. Die Birnen der elektrischen Lampen gingen in Stücke und nach wenigen Augenblicken glück der Raum einem wüsten Trümmerfeld.

„Sich zu sein.“ Die Klugheit, die nach wie vor der allgemeine Bewusstsein und dem Verstand haben, und die Galerieschüler des Establishments nachher waren färschig begrifflichweise enttäuscht und erlittet, als ihnen nicht genau solche eingetragene Rippen serviert wurden, als sie programmatisch beantragten durften. Aber auch angeht dieses Wallenganges von Hoffnungen ist die Form, in der sich der Anwalt des Publikums äußerte, ungenügend bezeugend für die ledige Wiener Gegenwart. Früher einmal

mag bei jeder Anfallen genossen und gescholt, randallert und in Wechselwirkung geschmelet worden sein. Heute ist die erwünschte Gelegenheit gegeben, der latenten Befriedigung die Jügel locken zu lassen. Findet irgendeine Straßendemonstration statt, so sind vor allem Raffeeschwerftheiten unter den Vortragenden und Geschäftsführer, die nicht erst auf die Namen hin untersucht werden, welche sie verzeichnen. Habert man aber im Variete mit Gott, Welt und der Volkshilfe, so darf kein Sessel seine vier Beine behalten und die Glascherben der zerstückerten Sessel müssen den Boden decken. Das Museum hat sich von Gott zu verabschiedet. Es ist selber so schabhaft geworden, daß keine Reparationskommission ihm wieder auf die Beine zu helfen vermag.

Kunst und Wissenschaft.

Eine neuorganisierte Vereinigung der akademischen Kunst- und Berufsämter tagte am 8. Juni in Magdeburg beim Landesberufsausschuss Saale-Anhalt. An der Vorbereitung wurde die Beteiligung der akademischen Ausführenden und Berufsberatungämter zu einem Ring geschlossen. Der Zweck dieses Ringes soll die geschlossene Stellungnahme der akademischen Berufsberatungsfstellen im gesamten Berufsberatungswesen sowie den einzelnen Berufsberatungsinstitutionen gegenüber sein. Des weiteren soll dadurch eine feste, gegenseitige Unterstützung der einzelnen akademischen Berufsberatungsfstellen und eine einheitliche Lösung der berufswissenschaftlichen Erhebungen und die notwendigen Sammlungen erreicht werden. Schließlich soll die Verwirklichung eines Austausch aller berufswissenschaftlichen Material sowie der Stellenvermittlungsfstellen zwischen einzelnen Bundesstaaten herbeiführen. Vorort der Bereinigung der akademischen Kunst- und Berufsberatungämter ist für das laufende Geschäftsjahr Leipzig.

Werkstoff-Bereinigung der Holz-Stiftung in Weimar. Aus Weimar wird uns berichtet: Die in Gros verordnete Gründung der Holz-Stiftung in Weimar, Prinzessin Soden, hat die Weimarer Holz- und Holzwarenindustrie, hat der Holz-Stiftung den gesamten Ertragsanteil abzugeben, hat der Fürstin Pauline von Sam-Wittenstein, eine Sammlung von unerschöpflichem Wert, gemacht; es handelt sich vornehmlich um Kunstwerke und Briefe. — Satzungsgemäß steht mit dem Holz der Holz-Stiftung das Eigentumsrecht von drei Holzlebern im Zusammenhang, die Situations auf die Holz-Stiftung der Holz-

